Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Extra-Blatt	30. Oktober 1975	0,10 DM

Kampf der Jugendarbeitslosigkeit!

123 100 arbeitslose Jugendliche gab es im Januar dieses Jahres. Also 10,7% aller Arbeitslosen sind unter 20 Jahre alt. Von allen Arbeitslosengruppen ist die der Jugendlichen am größten, und sie wächst ständig an. Dabei erfassen die offiziellen Statistiken immer nur einen Teil der jugendlichen Arbeitslosen. So betrug die offizielle Zahl für Dortmund 1847 arbeitslose Jugendliche. In Wirklichkeit aber, eingerechnet die Schulabgänger ohne Lehrstelle, die Arbeitslosen, die noch ein Jahr in ,,Berufsgrundschuljahrlehrgängen“ verbringen, die Arbeitslosen, die zwangsweise „Weiterbildung“ betreiben und die c. 700 jugendlichen Treber, liegt die wahre Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in Dortmund bei über 6200.

Doch trotz dieser Zahlen wagt der Chef der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Herr Stingl, zu sagen, daß „fast alle Jugendlichen einen Arbeitsplatz finden könnten“. Und er triumphiert mit den noch unbesetzten 32 100 Ausbildungsstellen vom Juni dieses Jahres, in denen Arbeiterjugendliche noch „untergebracht“ werden könnten. Herr Stingl meint wohl, daß die Statistik dann einen besseren Eindruck hergeben würde, so wie auch die nutzlosen „Berufsgrundbildungslehrgänge“ jedes Jahr einen Teil der Arbeitslosen absorbieren, und daß 32 000 Jugendliche in den schlechtesten Handwerksklitschen schamlos ausgebeutet werden könnten. Herr Stingl nährt das alte Klischee: „Wer Arbeit sucht, der findet auch welche.“

Arbeitslosigkeit ist kein Geschenk! Sie trifft nicht nur die Familienväter und Mütter sehr hart. Sie ist eine besondere Bedrohung für die Arbeiterjugend, die von ihrem minimalen Arbeitslosengeld oder gar der Sozialhilfe nicht existieren können. Ausländische Arbeiterjugendliche und Mädchen spüren als „minderwertige“ Schichten der Arbeiterklasse die Arbeitslosigkeit als erste. Arbeitslosigkeit: das heißt für die Arbeiterjugend nicht nur keine Ausbildung, keine Arbeit. Das heißt für sie auch: Abhängigkeit vom Elternhaus, finanzielle Unsicherheit, keine Möglichkeit eine Wohnung zu finden und mit Freund oder Freundin ungestört zusammen sein zu können. Not und Verzweiflung der Arbeiterjugend führen leicht zu einer lumpen- proletarischen Existenz und zu einer Entfremdung von der eigenen Klasse.

Doch kann das Programm der Arbeiterjugend kein Jugendprogramm sein. Alle Jugendlösungen und Jugend Strategien können nur in Sackgassen führen. Die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit liegen genau wie die der Arbeitslosigkeit insgesamt im kapitalistischen System begründet, in dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung des Profits. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion wird immer *wieder neue Krisen hervorrufen. Der Kampf der Arbeiterjugend um das Recht auf Arbeit muß deshalb untrennbar sein von dem Kampf der gesamten Klasse um das revolutionäre Übergangsprogramm, das den Weg weist aus der kapitalistischen Ausbeutung, Anarchie und Unterdrückung hin zur sozialistischen Revolution.*

Die Losungen des DGB bieten keinen Ausweg

Die Losungen des DGB sind: *, für eine wirksame Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. “* Eine wirksame Verbesserung kann nicht durch die Subventionen der Bundesregierung an die Unternehmer erreicht werden, die die Folgen der Krise durch Entlassungen, Kurzarbeit, niedrige Löhne und verschlechterte Arbeitsbedingungen auf dem Rücken der Arbeiterklasse austragen. Nur das Proletariat aber kann eine „wirksame Verbesserung“ vornehmen, nämlich die entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten.

„Gegen Arbeitslosigkeit“ — Gut! Aber wie soll der Kampf geführt werden? Die zentrale Aktion des DGB wird als Schlußphase der Aktionen des DGB bestimmt. Sie sollte aber ein machtvoller Ausgangspunkt sein für weitere Kämpfe. Noch 1974 ließ Vetter vernehmen, daß man ausbildungsboykottierende Firmen auch bestreiken könne. Was wurde aus dieser Androhung?

„Für die qualifizierte Mitbestimmung. “ Schmidt lobt auf dem DAG-Kongreß die Mitbestimmung in der Montanunion, gegen deren Beschränkungen einst die Arbeiterbewegung in den Kampf getreten war. Schmidt lobt die Montanmitbestimmung und beruhigt die ängstlichen amerikanischen Konzerne deshalb, weil sich die Mitbestimmung „bewährt“ hat — für den bürgerlichen Staat, nicht für die Arbeiter! Wir wollen nicht das kapitalistische Profitsystem ‚mitbestimmen[4] und d.h. Ausbeutung, Kurzarbeit, Entlassungen, fehlende Ausbildungsplätze und schlechte Arbeitsbedingungen, sondern sie abschaffen.

„Gegen reformfeindliche Kräfte. “ Wer ist reformfeindlich? Die bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie? Oder meinen die Herren Bürokraten hier die „Störer“ ihrer verlogenen „Gewerkschaftseinheit“, die von der Bürokratie doch selbst täglich gespalten wird. Meinen sie diejenigen, die mit ihren Forderungen zum Ausdruck bringen, daß Reformen nicht ausreichen, um das Übel der Arbeitslosigkeit an seiner Wurzel zu packen?

„Für eine schnelle und grundlegende Reform der Berufsausbildung. “ Weder die Unternehmerpartei CDU noch die Bundesregierung ist an „grundlegenden Reformen“ der Ausbildung interessiert,

wie die Gesetzesvorlage des Bildungsministers Roh- de erneut erkennen läßt. Eine „grundlegende Reform“ können wir nicht vom bürgerlichen Staat erwarten. Eine solche „Reform“ müßte die Zerschlagung des überkommenen Bildungs- und Ausbildungssystems zur Voraussetzung haben, sie müßte die schon von Marx geforderte polytechnische Ausbildung bedeuten, sie würde nicht ohne die Kontrolle über die Produktion möglich sein und erst nach der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse wirklich durchgesetzt werden können. Vor allem darf der DGB nicht an den bürgerlichen Staat appellieren, sondern er muß selbst Kampfschritte unternehmen. Er muß die Kraft der organisierten Arbeiterbewegung beweisen, indem er die Masse der Gewerkschafter gegen miserable Ausbildung und Arbeitslosigkeit i! n Kampf führt.

Diesen Kampf zu führen, das hatte hier und heute bedeutet, Kongreß und Demonstration zu erweitern und eine wirkliche Mobilisierung in Betrieben, Gewerkschaften und unter Arbeitslosen zu betreiben. Es hätte bedeutet, zugleich in allen DGB-Bezirken ein Kampfprogramm zu erstellen. Es hätte bedeutet, den Kampf gegen die Scheinreformen der Bundesregierung aufzunehmen und sich nicht mit einer Schar von loyalen Anhängern zu einer Mitbestimmungs- und SPD-Unterstützungsjubelfeier zu versammeln.

Welches Kampfprogramm braucht die Arbeiterjugend?

Reformistische Programme führen nicht zum Sturz des kapitalistischen Staates und zur Befreiung der Arbeiterjugend sowie ihrer erwachsenen Klassenbrüder von Ausbeutung und Unterdrückung. So haben die Maostalinisten der Arbeiterjugend, getreu ihres üblichen Unverständnisses der Teil- und Übergangsforderungen, nur minimale Verbesserungen anzubieten — und den Sozialismus (den sie allerdings mit ihren Programmen niemals erreichen werden). Die KPD fordert eine qualifizierte Ausbildung für jeden, eine gesetzlich garantierte Lehrstelle, 700,- DM Lehrlingslohn, die 10jährige Einheitsschule, Arbeitslosengeld auch für Jugendliche, die noch nicht gearbeitet haben. Sie verrät uns nicht, wo die qualifizierten Ausbildungsplätze her- kommen sollen, ob und wie sie erkämpft werden sollen. Die Forderungen gehen nicht über den Rahmen bürgerlicher Legalität hinaus. Der KBW treibt diese Legalität auf die Spitze, wenn er fordert: 80% Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit und 60% des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes für jugendliche Arbeitslose. Hier wird vom KBW fein säuberlich die Trennung zwischen jugendlichen und erwachsenen Arbeitern gewahrt und die Trennung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen. Dabei sollte es doch gerade die Aufgabe von Kommunisten sein, die Spaltung der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Von solchen Reformisten hat die Arbeiterjugend nichts zu erwarten.

Nicht viel besser steht es um die zentristische GIM. In ihrem *was tun*-Dossier „Für das Recht auf Arbeit und Ausbildung“ sowie in mehreren Artikeln gegen die Jugendarbeitslosigkeit legt sie einen Reformismus an den Tag, der in nichts mehr an das trotzkistische Übergangsprogramm erinnert. Von „600 DM Arbeitslosengeld — Sofort“ über „Berufsgrundschuljahr unter Kontrolle der Gewerkschaften“ geht es zu „Staatlichen Lehrwerkstätten“. „Leerstehende Fabriken“ sollen von der „öffentlichen Hand“ übernommen werden. Verstaatlichungen unter Arbeiterkontrolle und die Arbeiterregierung werden nicht gefordert. Die GIM nennt hier keine Forderung, die den Rahmen des kapitalistischen Systems sprengen würde. Die GIM fordert zwar inzwischen auch die „Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände!“, die „Wiedereingliederung in die Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich“ und die „35- Stunden-Woche“. Doch werden diese Forderungen, isoliert von den anderen Übergangsforderungen aufgestellt, ihrer revolutionären Sprengkraft beraubt. Arbeitslosigkeit und Staatsmacht — das scheint der GIM in zwei verschiedene Schubläden zu gehören.

Der Spartacusbund tritt in seiner Broschüre mit dem Westerntitel „Lehrstellen her — sonst knallt’s“ für den Aufbau von Arbeitslosenkomitees ein, in denen auch „Diskussionen über die weitere Perspektive der Arbeit“ geführt werden sollen. Der Spartacusbund kann hier wahrlich nicht beanspruchen, eine Avantgardefunktion auszuüben. Alles, was er erklärt, ist, daß sich die Komitees zusammenschließen und mit den Betrieben Zusammenarbeiten sollen. Er schreibt aber nichts zur zentralen taktischen Frage, nämlich dem Kampf um die gewerkschaftliche Anerkennung der Komitees, u.a. einer geschmeidigen Einheitsfrontpolitik gegenüber den Gewerkschaften als Klassenorganisationen. Dadurch vernachlässigt er *praktisch* den Kampf um die Einheit von Arbeitenden und Arbeitslosen.

Revolutionäre haben die Pflicht, eine programmatische Alternative zum bürgerlichen Bildungs- und Ausbildungssystem zu entwickeln. Diese Perspektive muß die Form von Forderungen annehmen, die von „den jetzigen Bedingungen und dem heutigen Bewußtsein weiter Schichten der Arbeiterklasse ausgeht und unausweichlich zu ein und derselben Schlußfolgerung fuhrt: der Eroberung der Macht durch das Proletariat.“ Für die Jugend bedeutet das, die dreckige Realität des Bildungs- und Ausbildungssystems der Perspektive der sozialistischen Reorganisation gegenüberzustellen. Der Spartacusbund aber beschränkt sich auf die Kritik des Bestehenden, auf radikalökonomische Forderungen für Lehrlinge und auf eine pflichtgemäße Aufzählung der Übergangsforderungen. Was fehlt, ist ein System von Forderungen, das ausgehend von den Nöten der Auszubildenden und der Jungarbeiter die Verbindung mit den historischen Aufgaben der Arbeiterklasse als ganzer schafft.

Die Arbeiterjugend braucht ein *kommunistisches Kampf Programm,* ein Programm, das sich auf die Ideen Liebknechts und Lenins und auf die revolutionäre *Kommunistische Jugendinternationale* stützt. Ein Programm, das sich auf die Linke Opposition und die Vierte Internationale stützt als einziger Kraft, die nach der stalinistischen Degenerierung der Komintern und der Kommunistischen Jugendinternationale (zu einer unpolitischen, gegängelten Frontmassenorganisation) den revolutionären Marxismus bewahrte und verkörperte. In einem solchen Programm müßten folgende Punkte enthalten sein:

1. Für das Recht der Arbeiterjugend auf Bildung und Ausbildung

Im Kapitalismus werden Bildung, Ausbildung und Arbeit nebeneinander gestellt und von allem wird nur das Notwendigste gelehrt, um brauchbare, aber unselbständige Diener des Kapitals zu bilden. Besonders die jungen Proletarier werden von der Kinderkrippe über die Klassenschule bis zu den höheren Bildungseinrichtungen in einem ungeheueren Maße benachteiligt. Die „allgemeine Bildung“ ist Volksverdummung par excellence. Die Geschichte der Klassenkämpfe wird, wo überhaupt, nur entstellt und manipuliert gelehrt. Die berufliche Vorbildung wird auf ein Minimum beschränkt. Das Erkennen von gesellschaftlichen Zusammenhängen und der eigenen Klassenlage soll auf allen Ebenen verwehrt werden.

Das berufliche Bildungssystem schließlich ist ein Museumsstück aus überkommener Handwerkstradition. Durch Lehrlingszüchterei sollen lebensunfähige Betriebe erhalten bleiben. Die allgemeine Knappheit der Ausbildungsstellen treibt immer noch viele Lehrlinge in Handwerksbetriebe, in denen ihre „Ausbildung“ zum größten Teil in der Ausnutzung ihrer billigen Arbeitskraft besteht oder in Arbeit, die überhaupt nichts mit dem Ausbildungsberuf zu tun hat. Viele Lehrlinge schaffen folglich die Abschlußprüfung nicht. Auch für die, die die Lehre bestanden haben, ist meistens kein Arbeitsplatz im Betrieb vorhanden.

Über die Hälfte der Handwerkslehrlinge verrichtet später Hilfsarbeiten in der Industrie.

Die Industrieausbildung führt zur Herausbildung betriebsspezifischer Eliten. Die seit dem Berufsbildungsgesetz von 1969 offiziell abgesicherten Systeme der selektiven Ausbildung wie der Stufenausbildung und der Ausbildung nach dem Zertifikatsystem wie bei Höchst haben die Zerschlagung der ökonomischen und politischen Einheit der Arbeiterklasse zum Ziel. Sie verstärken die Konkurrenz unter den Arbeiterjugendlichen. Nur die Besten, und das heißt für das Kapital die Zuverlässigsten, erreichen eine qualifizierte Ausbildung. Die anderen erreichen nur eine Hilfsarbeiterqualifikation und können diese wegen der Betriebsborniertheit der Ausbildung in anderen Industriebetrieben oft nicht verwenden.

Die Berufsschulausbildung besteht meistens nur aus einem Tag wöchentlich in überfüllten Klassen, mit veraltetem Lehrmaterial und mangelnden Lehrkräften. Die Berufsschulausbildung ist so schlecht, daß die meisten Großbetriebe zu einem zusätzlichem werkseigenen theoretischen Unterricht übergegangen sind.

Der bürgerliche Staat erweist sich als unfähig, ein Ausbildungssystem einzuführen, das allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung verschafft. Doch gerade den schlecht ausgebildeten und den Arbeiterjugendlichen, die erst gar keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, eröffnet sich besonders rasch die Perspektive der Arbeitslosigkeit. Um diesem Schicksal zu entfliehen, verpflichten sich dann viele Jugendliche in die bürgerlichen Zwangsapparate wie Heer und Polizei. Sie glauben hier — und selbst das oftmals vergeblich — eine Qualifizierung für einen späteren Zivilberuf zu erhalten. Viele bleiben auch dort wegen der ^Sicherheit des Arbeitsplatzes". Objektiv stellen sich diese Arbeiterjugendlichen aber mit einem solchen Schritt gegen ihre Klasse, auf die andere Seite der Klassenbarrikade.

Das bürgerliche Bildungs- und Ausbildungssystem kann nicht reformiert werden! Es muß zerschlagen werden! Kommunisten kämpfen für die *sozialistische Reorganisation der Jugendarbeit!* Und in diese Perspektive reihen sich alle unsere Forderungen nach einer Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation ein. Sozialistische Reorganisation der Jugendarbeit — das bedeutet *polytechnische Erziehung unter der Kontrolle der Arbeiterbewegung.* Die polytechnische Erziehung bekämpft die starre Trennung von Bildung, Wissenschaft und Arbeit. Sie führt zur Einheit von Bildung und produktiver Arbeit und gleichzeitig zur Verwissenschaftlichung der Arbeit. Kommunisten verwandeln den revolutionären Inhalt dieser Losung aber nicht in reformistische Wassersuppen, wie es KBW und KPD mit ihrer Forderung nach einer polytechnischen Einheitsschule tun. Krupskaja bemerkte bereits richtig: „Im Kapitalismus kann sich die polytechnische Bildung nicht richtig entwickeln, ob wohl die Großindustrie gebieterisch auf diesen Weg drängt.

Da aber der Kapitalismus mit der Erziehung des Arbeiters zu einem allseitig gebildeten Menschen, zum wirklichen Herrn der Produktion und nicht nur zu ihrem ausführenden Organ, unvereinbar ist, verhindert er auch Verwirklichung der polytechnischen Bildung. Der Kapitalismus beraubt die Polytechnik ihres sozialistischen Kerns. Wir sehen hier einen jener inneren Widersprüche, die den Kapitalismus zum Untergang verurteilen." Unter der Perspektive der sozialistischen Reorganisation der Jugendarbeit stellen wir ökonomische und demokratische Forderungen auf, die die soziale und ökonomische Lage der Arbeiterjugend anheben sollen und die die Kampfkraft der Arbeiterjugendlichen verstärken:

-- Einführung des 10. Schuljahres
— Bildungsurlaub für die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen von Organisationen der Arbeiterbewegung und Bezahlung des Lohnausfalls durch die Unternehmer
% Öffnung der Universitäten und aller Bildungseinrichtungen für alle Interessenten; ein die Lebenshaltungskosten deckendes nicht zurückzuzahlendes Stipendium, heute ca. 700,-DM
— Keine Benachteiligung ausländischer Jugendlicher in Schule und Ausbildung
— Weg mit den Berufsverboten
— Kontrolle über Schulen, Hochschulen und Universitäten durch die Schüler, Dozenten und die dort Arbeitenden
— Für das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung für alle
— Gegen Stufenausbildung mit unterschiedlichen Abschlüssen und Zertifikatssysteme
Mehr Ausbildungsplätze in Großbetrieben
— Zusätzliche staatliche Lehrwerkstätten in wirtschaftlich schwachen Regionen unter der Kontrolle der Auszubildenden und der Arbeiterorganisationen
— Verbot jeder Tätigkeit, die nicht unmittelbar der Ausbildung zugehörig ist
— Ein Ausbildungsentgeld, das die Lebenshaltungskosten deckt, heute ca. 700,- DM
V Übernahme in das Arbeitsverhältnis nach der Lehre auf Wunsch der Auszubildenden
— Kontrolle über die Durchführung der Ausbildung durch die Arbeiterorganisationen; Entreißung der Verfügungsgewalt über die Ausbildung den kapitalistischen Kammern
— Keine Übertragung von Ausbildungsfunktionen an Polizei und Armee; keinen Wehrkundeunterricht in den Schulen

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 1 Berlin 15
Anschrift:
Postlagerkarte A 051 429

2. Für das Recht der Arbeiterjugend auf Arbeit

Das Recht auf Arbeit ist eine grundlegende Forderung der Arbeiterklasse. Wenn die Kapitalisten zur Überwindung ihrer Krisen den Arbeitern dieses Recht bestreiten, rühren sie an den Lebensvoraussetzungen dieser Klasse, die ökonomisch nichts besitzt außer ihrer Arbeitskraft.

Gerade die jugendlichen Arbeiter werden durch die Arbeitslosigkeit von besonderem Elend und Verzweiflung getroffen angesichts einer hoffnungslosen Zukunft. Wenn es nicht gelingt, sie wieder in den Produktionsprozeß zu integrieren, besteht die Gefahr, daß sie sich ihrer Klasse entfremden und zu einer leicht beeinflußbaren, lumpenproletarischen Schicht werden.

Es ist eine Existenzfrage für die revolutionäre Arbeiterbewegung, ob es gelingt, die jugendlichen Arbeiter mit in den Kampf zu führen und sie im Kampf zu erziehen. Sie muß deswegen einen harten Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit führen. Die Mittel dieses Kampfes werden die Forderungen sein, die generell die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Solange aber noch immer Jugendliche arbeitslos sind, müssen die Kommunisten auch deren minimalste Rechte verteidigen, die Bereitstellung von finanziellen Möglichkeiten zum Überleben durch den Staat:

— Für gleiche Arbeitslosenunterstützung für Arbeiterjugendliche, auch für Schulabgänger ohne Arbeit — mindestens 700,- DM; sofortige Auszahlung
— Für die gleitende Skala der Löhne und Arbeitszeiten; Vollbeschäftigung bei verkürzter Arbeitszeit; Für die Einbeziehung aller jugendlichen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß
— Für die entschädigungslose Enteignung bankrotter Unternehmen unter Arbeiterkontrolle
— Offenlegung der Bücher der Kapitalisten
— Entschädigungslose Enteignung der Schlüsselindustrien und Banken unter Arbeiterkontrolle
— Organisierung öffentlicher Arbeiten, wie dem Bau von Schulen, Krankenhäusern und billigen Mietwohnungen, deren Durchführung von Anfang an unter Arbeiterkontrolle steht

3. Für eine konsequente Interessenvertretung der Arbeiter- jugendlichen durch die Organisationen der Arbeiterbewegung

In den Organisationen der Arbeiterbewegung setzen sich die Kommunisten auch für die konsequente Interessenswahrnehmung der Rechte der Arbeiterjugendlichen ein. Sie kämpfen für die Unabhängigkeit solcher Organisationen vom bürgerlichen Staat als ihm feindlich gegenüberstehende. Gegen alle verräterischen Führungen versuchen sie sich auf der Grundlage des revolutionären Übergangsprogramms als alternative Klassenführung zu beweisen.

Die Gewerkschaften sind heute die bedeutsamsten Arbeitermassenorganisationen . Sie sind in den bürgerlichen Staat integriert und werden von einer korrumpierten, spalterischen Gewerkschaftsführung beherrscht. Von ihrem Anspruch her neutrale Einheitsgewerkschaften zu sein, sind sie in Wirklichkeit prokapitalistische Gewerkschaften mit sozialdemokratischer Ausrichtung. Im Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital, für Sozialismus oder Kapitalismus kann es keine Neutralität geben. Die Gewerkschaftsbürokratie verbietet oppositionellen Tendenzen den Kampf in der Gewerkschaft und versucht sie auszuschließen, sobald sich eine Gelegenheit dazu ergibt, um die eigene Position zu erhalten. Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind heute gang und gäbe in der Gewerkschaft. Das Beispiel der GEW- Berlin demonstriert, daß die Gewerkschaftsbürokratie sogar gewillt ist, den Verlust von Gewerkschaftsbezirken auf sich zu nehmen, bevor sie den „radikalen Kräften“ die Oberhand beläßt.

Um die Radikalisierung von Arbeiterjugendlichen aufzuhalten, organisiert sie zwar Aktionen, wie Veranstaltungen und Demonstrationen der Arbeiterjugend, die aber nur eine Ventilfunktion haben und denen keine Taten folgen. Die Gewerkschaftsbürokratie selbst untergräbt den Kampf der Arbeiterjugend, indem sie die schulentlassenen Arbeitslosen nicht organisiert und ihnen so die letzte Möglichkeit zu einer organisatorischen Verbindung zur Klasse nimmt. Sie bemüht sich auch nicht um die Organisierung der schulisch Ausgebildeten, z.B. der Auszubildenden an Berufsfachschulen und in Berufsgrundbildungsjahrlehrgängen.

Der klassenkollaborationistischen Politik der Gewerkschaftsbürokratie sowie anderer Arbeiterorganisationen muß die Losung entgegengestellt werden: Für die Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen vom bürgerlichen Staat! Gegen alle Formen und Ideologien der Sozialpartnerschaft!

— Für die Organisierung der bisher noch Unorganisierten in der Gewerkschaft
— Gewerkschaftliche Organisierung der Auszubildenden, auch der, die nicht in Betrieben ausgebildet werden
— Gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitslosen, auch der ~ schulentlassenen, die noch nicht im Produktionsprozeß standen
— Für das Recht aller Bestandteile der Arbeiterbewegung offen in der Gewerkschaft zu arbeiten: Gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Für Arbeiterdemokratie in der Gewerkschaft
— Für den Aufbau revolutionärer Gewerkschaftsfraktionen auf der Basis des kommunistischen Programms im Kampf für eine revolutionäre Klassenführung

4. Für eine Arbeiterregierung

Der Kampf für Bildung und Ausbildung für alle, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, kann nur ein revolutionärer sein.
Die Arbeiterklasse kann ihre Forderungen nur durch eine programmatisch klare, entschlossene Kampfesführung durchsetzen. Die Forderungen müssen von der revolutionären Avantgardepartei der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat aufgestellt und erkämpft werden.

Eine Regierung der Bourgeoisie wird niemals für die Interessen der Arbeiterklasse einstehen. Nur die .Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung einer revolutionären Regierung der Arbeitendasse kann für immer, soziale Ungerechtigkeiten, Not und Unsicherheit beseitigen.

Allein die soziale Revolution kann Arbeitslosigkeit und Inflation, Ausbeutung und Unterdrückung für immer vernichten. Um ihre Forderungen durchzusetzen, muß die Arbeiterjugend sich zusammen mit ihren älteren Klassenbrüdern um das das Banner der wiederaufzubauenden Vierten Internationale scharen. *

Gebt der Jugend eine Zukunft – gebt der Welt eine Zukunft!

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren der *Kommunistischen Korrespondenz*(1,-- DM Portokosten habe ich in Briefmarken beige legt).

Name: .... **Beruf:**.................................... ..../
Anschrift: ....